

Eingebracht von: Wallner, Nicole

Eingebracht am: 03.05.2021

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Jahr 2020 ist Österreich im internationalen Korruptionsranking (CPI) auf Rang 15 zurückgefallen und ist somit im Vergleich mit anderen westeuropäischen Staaten nur im Mittelfeld. Durch den geplanten § 112a würde sich unser Land im Ranking noch weiter verschlechtern. Diese Entwicklung ist besorgniserregend und sendet ein deutliches Zeichen an Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft.

Ein funktionierender Rechtsstaat bildet das Fundament für eine gerechte Gesellschaft, in der alle Menschen ihr Potential entfalten können. Korruption schädigt die Chancengleichheit und den österreichischen Wirtschaftsstandort. Sie muss mit voller Härte bekämpft werden. Mit der geplanten Einschränkung der Hausdurchsuchung im politisch-öffentlichen Bereich geht dem Rechtsstaat ein zentrales Instrument für das Vorgehen gegen Beamten- und Politiker_innenkorruption verloren. Hiermit widerspreche ich also der vorgesehenen Einschränkung von Hausdurchsuchungen (§ 112a StPO). In einem funktionierenden Rechtsstaat müssen alle Instrumente zur Korruptionsbekämpfung uneingeschränkt (und im Besonderen) auch für Politik und öffentliche Verwaltung gelten. Ich fordere daher die unverzügliche Streichung des § 112a aus dem Entwurf.

Hochachtungsvoll,

Nicole Wallner